

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

AKTUELL

Pjöngjang droht erneut

(spk) Das kommunistische Nord-Korea hat erneut mit dem Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag (NPT) gedroht, aber auch Kompromissbereitschaft angezeigt. «Wir wünschen eine friedliche Beilegung der Atomfrage durch Gespräch», zitierte die süd-koreanische Agentur Naewoe Press am Dienstag aus einer offiziellen Verlautbarung des Aussenministeriums in Pjöngjang. Nach Darstellung von Naewoe Press sagt das Ministerium mögliche «gefährliche Folgen» für den Fall voraus, «dass die USA Druck auf Nord-Korea ausüben».

Gefallene übergeben

Nord-Korea hat am Dienstag im Waffenstillstandsort Panmunjom in der koreanischen Demarkations-



Nach der Entgegennahme der Särge wurde deren Inhalt kontrolliert.

zone den Vereinten Nationen die Überreste 33 im Korea-Krieg gefallener UNO-Soldaten übergeben. Die Knochen der Toten sollen in einem Labor der amerikanischen Streitkräfte auf Hawaii untersucht und identifiziert werden. Unter den Toten sind auch amerikanische Soldaten.

Armee gegen PKK

Die türkische Luftwaffe hat erneut Lager und Stellungen von Guerillas der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) im Norden des Nachbarlandes Irak bombardiert. Wie die halbamtliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu am Dienstag schrieb, galten die Angriffe neun Zielen in den Regionen Mezi, Karyaderi, Sinji und Sivi nahe der Grenze zur Türkei. Die Montag früh begonnenen Operationen hätten fünf Stunden gedauert.

EG-Beitritt vorerst kein Thema

Zürich (AP) Der EG-Beitritt der Schweiz ist für Vorort und Arbeitgeberverband vorerst kein Thema. Vielmehr stellten die beiden Spitzenverbände in einer Mitteilung vom Dienstag in Zürich bilaterale Verhandlungen mit der EG in den Vordergrund. Erst bei einem unbefriedigenden Verhandlungsergebnis werde zu entscheiden sein, welches Integrationsziel ins Auge gefasst werden sollte.

Der Schweizerische Handels- und Industrieverein (Vorort) und der Zentralverband schweizerischer Arbeitgeberorganisationen bezeichneten die Ablehnung des EWR-Vertrags vom 6. Dezember 1992 als klares Signal für direkte bilaterale Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EG. Der vom Bundesrat anvisierte EG-Beitritt als noch weiter gehender Integrationsschritt sei durch das Abstimmungsergebnis klar desavouiert worden und deshalb keine realistische Alternative zu direkten Verhandlungen. Terminliche Zielsetzungen für einen EG-Beitritt seien deshalb nicht tunlich. Es sei auch verfrüht, auf eine zweite EWR-Abstimmung zu setzen, weil der EWR noch nicht in Kraft und seine weiteren Perspektiven ungewiss seien.

Planung für Ausbau der Deponie Buchserberg für 20 Millionen

Ausserordentliche Delegiertenversammlung des Vereins für Abfallbeseitigung am Donnerstag – Gebietsvergrößerung um zwei Gemeinden

(G. M.) – Mit einem Kostenaufwand von rund 20 Millionen Franken soll die Deponie Buchserberg in einer zweiten Etappe erweitert werden. Eine ausserordentliche Delegiertenversammlung hat sich am kommenden Donnerstag mit diesem Antrag zu befassen. Den Verbandsgemeinden aus der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, die zum Verein für Abfallbeseitigung zusammengeschlossen sind, liegt auch ein Antrag zur Erweiterung des Einzugsgebietes um die Gemeinden Oberegg und Reute vor. Schliesslich haben die Gemeindevertreter auch über einen Nachtragskredit von knapp 200 000 Franken aus Kostenüberschreitungen beim Bau der zweiten Rauchgaswaschanlage zu befinden.

Die von den elf Liechtensteinischen Gemeinden während Jahren geforderte Rauchgasreinigungsanlage erforderte Baukosten in Höhe von 8,6 Mio. Franken. Der Verein für Abfallbeseitigung (VfA) hatte hierzu im Jahre 1990 einen Kredit von 7,8 Mio. Franken bewilligt. Unter Einschluss der inzwischen eingetretenen Teuerung von 639 000 Fr. beantragt der VfA-Vorstand den Mitgliedern die Genehmigung eines Nachtragskredits von knapp 200 000 Franken. Die Kostenüberschreitungen sind laut Antrag an die ausserordentliche Delegiertenversammlung mit zusätzlichen Auflagen in bezug auf den Lärmschutz sowie mit einem Kaminprovisorium zu begründen, das notwendig wurde, damit die Rauchgaswaschanlage I trotz des Umbaus in Betrieb bleiben konnte.

Ausweitung der Deponie Buchserberg

Die Erweiterung der Deponie Buchserberg wird nach den vorliegenden Kostenvorschlägen auf 19 950 000 Franken zu stehen kommen, wobei 17 300 000 Franken für die eigentlichen Baukosten anfallen werden wie den Deponiebau und die Rekultivierung des Geländes. Die Baunebenkosten wie Zufahrtstrasse, Anschlussgebühren, Abgaben an Ortsgemeinde für Verbrauchsmaterial sowie Honorare und Nebenkosten belaufen sich auf 2 650 000 Franken.

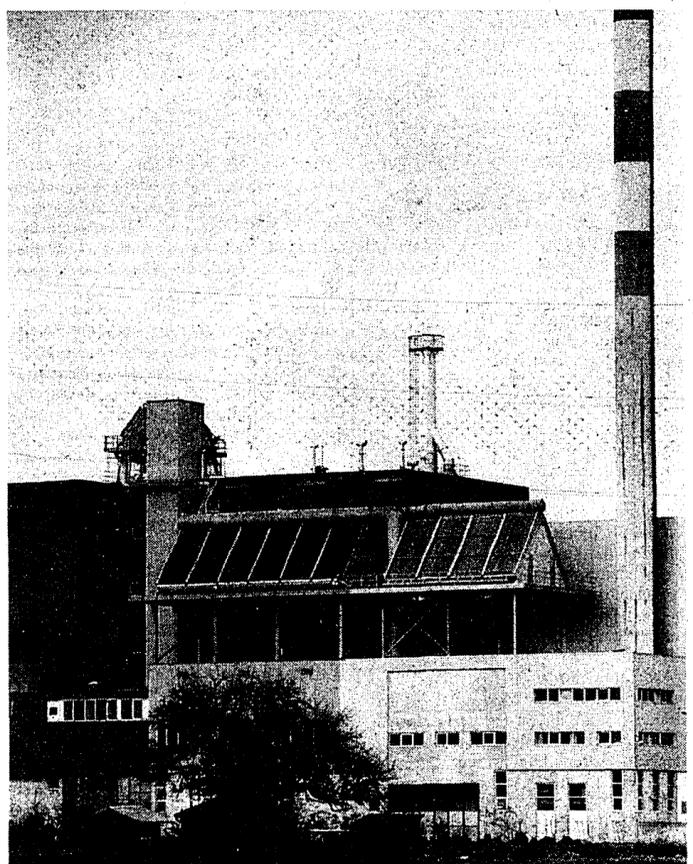
Rund drei Viertel der Investitionskosten werden nach Angaben des Projektbeschreibers auf die ersten vier Jahre entfallen, während durch die Etappisierung des Schlackenkompartimentes die restlichen Investitionen, je nach Volumenbedarf, auf mehrere Jahre verteilt werden können.

Abdichtung des gewachsenen Terrains

Der Erweiterung der Deponie Buchserberg um eine zweite Etappe liegt ein Endgestaltungsplan für die gesamte Anlage zugrunde. Die Erweiterungsetappe soll in Angriff genommen werden, nachdem sich die erste Ausbauphase weitgehend planmässig entwickelte. Kernpunkt der Konzeption für die Erweiterung bildet nach dem vorliegenden Projekt die Abdichtung des gewachsenen Terrains und das Wiedereinbringen von sortiertem Material in einem speziellen Separatkompartiment. Der Bau eines gegenüber der Schlackendeponie abgedichteten Separatkompartimentes soll den Stoffaustausch zwischen diesen Kompartimenten verhindern. «Mit dieser Konzeption», heisst es in den Unterlagen zuhanden der VfA-Delegierten, «kann die Sohlenabdichtung technisch einwandfrei und optimal gestaltet sowie in geeigneter Weise an die Etappe S I angeschlossen werden.»

Heutiger Stand der Deponie

1990 wurde die erste Etappe der Deponie in Betrieb genommen. Bezüglich der zweiten Etappe war damals vorgesehen, die Oberfläche der «Deponie nach 1975» auszuplanieren, abzudichten und mit Schlacke zu überschütten. Mit dieser Abdichtung beabsichtigte der VfA gleichzeitig eine weitere Sanierung der Altlast. Die nun zur Erweiterung anstehende Etappe wurde mit Aushubmaterial belastet, mit der Zielsetzung, dass später keine Setzungen die Deponieabdichtung zerstören könnte. Bei den Projektierungsarbeiten für die zweite Etappe wurde laut Projektbeschrieb jedoch deutlich, dass die Setzungen noch nicht abgeklungen waren. Nun soll trotz der



Der Verein für Abfallbeseitigung, der die Kehrichtverbrennungsanlage in Buchs betreibt, plant die Ausweitung des Verbandsgebietes auf die Gemeinden Oberegg und Reute. Der ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom Donnerstag liegt auch ein Antrag um einen Ausbau der Deponie Buchserberg im Ausmass von knapp 20 Millionen Franken vor.

Altlast die Folgeetappe realisiert werden, wobei als Lösung angeboten wird, die Altlast in einem separaten Multi-komponentenkompartiment zu versor-

gen. Die ehemalige Steinbruchsohle könne dadurch, heisst es Projektbeschrieb weiter, nach neuestem Stand der Technik abgedichtet werden.

Keine Steuereinzugsprovision für Gemeinden

Regierung beantragt dem Landtag die Aufhebung der Provisionen – Entlastung für den Staatshaushalt

(G. M.) – Der Staat will im kommenden Jahr eine halbe Million sparen, indem er den Gemeinden keine Provision mehr ausrichtet für den Einzug der Steuern. Die Einzugsprovision betrug seit der Novellierung des Steuergesetzes im Jahre 1961 einen Anteil von 4 Prozent an der Vermögens- und Erwerbssteuer, seit 1975 wurden noch 2 Prozent ausgerichtet. Die Aufhebung der Steuereinzugsprovisionen bringen dem Staatshaushalt rund 500 000 Franken Einsparungen und werden von der Regierung als «kleiner Beitrag zur Erreichung des Gleichgewichts von Ausgaben und Einnahmen im Voranschlag 1994» gewertet.

Die Vergütung für die Veranlagung und den Einzug der Steuern betrug für

die elf Gemeinden im vergangenen Jahr 494 410 Franken als Anteil von 2 Prozent von 24,7 Mio. Franken an Vermögens- und Erwerbssteuern. Die Vergütung wurde den Gemeinden nach dem Verhältnis der in den einzelnen Gemeinden wohnhaften Steuerpflichtigen ausgerichtet, womit Planken einen Betrag von 3828 Franken als bevölkerungsschwächste Gemeinde erhielt, während die Rückvergütung für Vaduz als steuerstärkste Gemeinde 94 765 Franken betrug. Die übrigen Gemeinden liegen mit ihren Anteilen innerhalb dieser Bandbreite.

Die Regierung ist der Auffassung, dass sich die Aufhebung dieser Steuereinzugsprovisionen rechtfertigen lässt, da die staatliche Steuerverwaltung mehr

Leistungen für die Gemeinden im Rahmen des Steuereinzugs und der Steueranlagung erbringe als die Gemeinden dem Land als Hilfestellung bieten würden. «Würden allein die Personalkosten und der Sachaufwand der Steuerverwaltung von 2 168 000 Franken (1992) im Verhältnis zur Beteiligung an den vom Land vereinnahmten Steuererträgen (36 Prozent) aufgeteilt, so hätten sich die Gemeinden mit rund 780 000 Franken an den Erhebungskosten zu beteiligen», rechtfertigt die Regierung die Kürzungsaktion.

Die Regierung führt in diesem Zusammenhang an, dass an den Beratungen der Gemeindesteuerkommissionen mindestens ein Vertreter der Steuerverwaltung teilnehme.

KSZE berät über Krisenmanagement

Konferenz in Rom – USA kündigen mehr Hilfe für Bosnien an

Rom (AP) Vor dem Hintergrund des schon über ein Jahr andauernden Bosnienkrieges haben Vertreter aus 52 KSZE-Staaten am Dienstag in Rom Beratungen über ein besseres Krisenmanagement aufgenommen. Der italienische Ministerpräsident Carlo Ciampi sagte zur Eröffnung der Tagung, die KSZE strebe eine Ausweitung ihrer Rolle an. Die Organisation wolle dies mit anderen Institutionen wie NATO, EU und WEU koordinieren.

Zum Auftakt der eininhalb Tage dauernden Versammlung, an der auch eine FL-Delegation vertreten ist und seitens der Schweiz Bundesrat Flavio Cotti teilnimmt, stellte die Konferenz über Si-

cherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) einen Bericht vor, der die vergeblichen Bemühungen um Frieden in Europa unterstrich. «Die Entwicklungen im Jahr 1993 waren gekennzeichnet von mangelndem Fortschritt in Richtung auf grössere Stabilität im Bereich der KSZE... Ethische Spannungen näherten die Gefahr weiterer Konflikte», hiess es in dem Bericht unter Bezug auf den Krieg in Bosnien-Herzegowina und Konflikte in der früheren Sowjetunion.

Zur KSZE gehören alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada; die Mitgliedschaft Jugoslawiens ist derzeit ausgesetzt.

AHV-Staatsbeitrag 1,7 Mio. Fr. höher

Das Staatsbeitrag an die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) wird für das Rechnungsjahr 1993 höher ausfallen als vorgesehen. Anstelle der budgetierten 13 Mio. Franken werden knapp 15 Mio. Franken auszurichten sein. Die Regierung hat dem Landtag einen Nachtragskredit von 1,7 Mio. Franken unterbreitet.

Der Staatsbeitrag beläuft sich seit der Landtagssitzung vom 12. November 1992 nur noch auf 18 Prozent der Aufwendungen für Renten, Hilflosenentschädigungen und Hilfsmittel, nachdem die staatlichen Beiträge früher auf 20 Prozent lauteten.

Zunahme der Ausländerzahl

Die Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung im Fürstentum Liechtenstein ist erneut angestiegen. Nach der Ausländerstatistik, die gestern vom Amt für Volkswirtschaft veröffentlicht wurde, waren am 31. August 1993 insgesamt 11 132 (10 842) Jahresaufenthalter und Niedergelassene registriert. Im Vergleich zum Vorjahr hat damit die Zahl der Ausländer um 2,7 Prozent zugenommen.

Die Statistik weist am Stichtag 4637 (4570) Ausländer mit Schweizer Pass auf, deren Anteil am Gesamtausländerbestand 41,65 Prozent beträgt. An zweiter Stelle folgen mit einem Anteil von 20,17 Prozent die Österreicher, deren Zahl im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig auf 2245 (2223) Personen angestiegen ist. Die übrigen Herkunftsländer machen weniger als 10 Prozent Anteil aus.

Deutsche wurden 1093 (1070) oder 9,82 Prozent registriert, aus Italien stammten 889 (896) Personen oder 7,99 Prozent. Weiter sind in der Statistik 200 Spanier (1,80 Prozent), 251 Portugiesen (2,25 Prozent), 94 Griechen (0,84 Prozent), 377 Jugoslawen (3,39 Prozent), 700 Türken (6,29 Prozent) aufgeführt. Aus verschiedenen anderen Staaten, die in der Statistik nicht gesondert aufscheinen, stammen 646 Personen oder 5,80 Prozent.

